

## **Junge Zugänge?**

### **Zu den Rahmenbedingungen entwicklungsbezogener Forschung**

Im Feld der Entwicklung scheint es keine Fortschritte zu geben. Erst unlängst wiederholte Dieter Senghaas längst bekannte Erkenntnisse, die für jegliche Entwicklungspraxis grundlegend sein könnten, würden sie beachtet werden (vgl. Senghaas 2003). Dennoch wagen wir es, provoziert durch sieben Texte von jungen ForscherInnen, hier die Frage nach der Innovation im Feld der entwicklungsbezogenen Forschung zu stellen. Ist Neues auch im Wissen über Entwicklung denkbar? Sind junge Zugänge, personell oder ideell verstanden, möglich, sind sie überhaupt erwünscht?

Diese Nummer des Journals für Entwicklungspolitik stellt eine grundlegende wissenschaftstheoretische Frage: Was sind die Bedingungen der Möglichkeit von entwicklungsbezogener Forschung? Mit einer solchen Formulierung bekennen wir, dass wir Suchende sind im Wald der Begrifflichkeiten, in dem es sich sorgfältig zu orientieren gilt, will man nicht in dornigen Hecken der begrifflichen Aporie enden. Die Redaktion des JEP will "gesellschaftlich relevantes Wissen über Entwicklungsprobleme und Entwicklungspolitik verbreiten" (aus dem Redaktionsstatut JEP). Wir werden in diesem Artikel ein solches Wissen als „entwicklungsbezogenes Wissen“ bezeichnen. Beachtet man die Unterscheidung zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik, so ordnen wir „entwicklungsrelevante Forschung“ dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu und unterscheiden sie von "entwicklungspolitisch relevanter Forschung". Von beiden kann in weiterer Folge gesagt werden, dass es sich um "Forschung für Entwicklung" handelt. Was aber ist dann „Entwicklungsforschung“? Als solche verstehen wir in Abgrenzung zum vorhin Gesagten "Forschung über Entwicklung", also einen theoretischen Zugang, der die Bedingungen der Möglichkeit von Entwicklung beschreibt und dabei auch Wissenschafts- und Wissenskritik betreibt. Alle gemeinsam fallen unter die Bezeichnung "entwicklungsbezogene Forschung". Dieser Artikel möchte weniger einen Überblick über das Feld der Forschung für und über Entwicklung geben, als eher in kursorischer und thesenhafter Weise Anmerkungen zur entwicklungsbezogenen Forschung formulieren. Verfasst wurde er

von zwei Personen, die an unterschiedlichen Stellen im Feld der entwicklungsbezogenen Forschung tätig sind und ihre Perspektiven so zusammenführen wollen, dass ein vertieftes Verständnis der Strukturen und Inhalte des beschriebenen Feldes möglich wird. Ein solcher wissenschaftstheoretischer Beitrag ist unvermeidlicherweise auch ein wissenschaftssoziologischer, sind Erkenntnishindernisse im Bereich der entwicklungsbezogenen Forschung doch weniger im Bereich der kant'schen apriorischen Kategorien zu finden als vielmehr in den Strukturen der wissenschaftlichen Einrichtungen und des sie bedingenden und beeinflussenden Umfeldes, jener sozialen Bezugsgruppen also, die entwicklungsrelevantes Wissen anfordern, gebrauchen oder ignorieren, es finanziell fördern oder eben nicht fördern. Die *scientific community* ist nur ein kleiner Teil dieser Bezugsgruppen, und deshalb sind es weniger wissenschaftliche Aspekte, die für die Entwicklung der entwicklungsbezogenen Forschung ausschlaggebend sind (vgl. Felt/Nowotny/Taschwer 1995).

Mit dieser Darstellung entwicklungsbezogener Forschung zielen wir darauf ab, jene Texte, die den Schwerpunkt dieser JEP-Ausgabe bilden, in ihren Kontext zu stellen. Dieses JEP umfasst Texte junger WissenschaftlerInnen, die am Call for Papers zum Forum der JungforscherInnen bei der Zweiten Gesamtösterreichischen Entwicklungstagung im Dezember 2003 in Graz teilgenommen haben. Ihre Arbeiten wurden von einer dreiköpfigen Jury ausgewählt und von den AutorInnen auf der Tagung selbst präsentiert. Hier werden sie in voller Länge und leicht überarbeitet einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Die Entwicklungstagung stand unter dem Motto "Globalisierung entwickeln", dieses wurde auch als einzige thematische Orientierung den JungforscherInnen zur Vorgabe gemacht. Die Hauptreferate der Tagung wurden, wie kaum anders möglich, von anerkannten WissenschaftlerInnen gehalten. Es waren dies Karin Fischer vom Mattersburger Kreis und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie Dieter Plehwe vom Wissenschaftszentrum Berlin. Als dritte Hauptrednerin beeindruckte Margarita Posada, eine Aktivistin aus El Salvador. Mit der Idee, ein Forum der JungforscherInnen zu veranstalten, wollten die Veranstalter den bereits anerkannten SprecherInnen junge und unbekannte Personen zur Seite stellen. Dies sollte gleichermaßen eine Belebung der Tagung bewirken, als auch den jungen ForscherInnen die Chance geben, sich einmal vor einem größeren Publikum zu präsentieren und in der Folge auch einen wissenschaftlichen Text zu publizieren.

Insofern versteht sich das Forum der JungforscherInnen als eine Maßnahme zur Förderung junger WissenschaftlerInnen. Dieses Forum ist kein Privileg für JungforscherInnen aus Österreich, sondern steht unabhängig von der StaatsbürgerInnenschaft allen offen, die die formalen Kriterien erfüllen. Für die Fortführung dieser Initiative wäre die Bekanntmachung unter ausländischen JungforscherInnen stärker zu beachten.

Die Texte der JungforscherInnen stehen in einem Kontext, der mit diesem Artikel skizziert werden soll. Dieser Kontext ist die Forschung für und über Entwicklung bzw. Entwicklungsforschung.

## **1. Entwicklungsbezogene Wissenschaft und Forschung in den Zeiten der "Globalisierung"**

Entwicklungsbezogene Wissenschaft und Forschung war bereits in den letzten Jahrzehnten ein internationales Anliegen und nicht nur auf die Wissenschaftszentren des Nordens beschränkt. Dafür zeugen Namen wie Amartya Sen, Frantz Fanon, Arjun Sengupta, Celso Furtado oder Samir Amin. Mit dem Übergang vom Prinzip der „Entwicklungshilfe“ zum Prinzip der „Entwicklungszusammenarbeit“, mit der zunehmenden Strukturierung der Entwicklungszusammenarbeit auf der multilateralen und bilateralen Ebene, die auch entsprechende Strukturen der öffentlichen und privaten Entwicklungszusammenarbeit in den Länder des Nordens nach sich zog, wurde in den letzten zwei Jahrzehnten allmählich vom Prinzip der Zufälligkeit in der Praxis der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit abgerückt. Das wiederum hatte zur Folge, dass die bis dorthin ein Schattendasein führende entwicklungspolitisch relevante Forschung im Sinne einer „Forschung für Entwicklung“ international einen Aufwind erlebte. Man erkannte neben der Notwendigkeit der Intensivierung der Entwicklungsforschung im oben beschriebenen Sinne auch die Notwendigkeit der „Forschung für Entwicklung“, die vor dem Theoriehintergrund der Entwicklungsforschung die konkreten Probleme im Rahmen des Entwicklungsprozesses systematisch in Angriff nimmt. So erhielten Wissenschaft und Forschung über den wissenschaftstheoretischen Anspruch hinaus eine weitere Bedeutung für den Entwicklungsprozess.

Die Rolle der Wissenschaft und Forschung im Entwicklungsprozess ist heute auf dem internationalen Boden der Vereinten Nationen unbestritten. Bereits die UNCED

(United Nations Conference on Environment and Development) in Rio de Janeiro im Jahre 1992 erachtete den Ausbau der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern zur Bewältigung der weltweiten Umwelt- und Entwicklungsprobleme im kommenden Jahrhundert als vordringlich (vgl. UN 1992, [www.un.org/documents/ga/conf151/aconf15126-1annex1.htm](http://www.un.org/documents/ga/conf151/aconf15126-1annex1.htm)). Großen Wert legte sie auf die Schaffung der nationalen Kapazitäten im Norden wie im Süden, die erforderlich sein werden, um den anstehenden Technologietransfer sowie dessen Folgen zu bewältigen. Eine der dringenden Aufgaben der Universitäten und Forschungsinstitutionen in den wohlhabenden Regionen ist es nach Ansicht der UNESCO, einen Weg zu finden, die internationale Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher Ebene zu beschleunigen und beim Aufbau von Forschungskapazitäten in den weniger entwickelten Ländern zu helfen. Nur so ist es möglich, die bestehenden Unterschiede zwischen Institutionen des Nordens und des Südens nicht weiter zu verschärfen, aber auch auf die anstehenden Probleme der Welt-Gesellschaft eine Antwort zu finden.

Von Wissenschaft und Forschung mit ihrer langfristigen Ausrichtung, ihrer Fähigkeit zur Früherkennung von Problemen und überdies mit ihrer Internationalität werden also heute Beiträge zur Lösung drängender Fragen unserer Zeit erwartet, sowohl auf theoretischer als auch auf praxisorientierter Ebene der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Dass die anwendungsorientierte Wissenschaft und Forschung entscheidend zur nachhaltigen menschlichen Entwicklung, zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Beseitigung von Armut beitragen kann, ist die allgemeine Überzeugung in den internationalen Gremien, die sich mit dem Thema „Forschung für Entwicklung“ beschäftigen. Es besteht ein ständig steigender Bedarf an wissenschaftlichen Erkenntnissen als Grundlage für die Entscheidungsfindung im öffentlichen und privaten Bereich; insbesondere spielen sie eine wichtige Rolle bei der Formulierung von politischen Maßnahmen und Regelungen. Seit der Weltwissenschaftskonferenz der UNESCO „Wissenschaft für das 21. Jahrhundert – Eine neue Verpflichtung“ im Jahre 1999 ist die Rolle der Wissenschaft und Forschung in der Entwicklung der Weltgesellschaft in der „Erklärung über die Wissenschaft und die Anwendung wissenschaftlicher Kenntnisse“, sowie in „Agenda für die Wissenschaft – Aktionsplan“, die am Ende der Konferenz verabschiedet wurden, umfassend festgehalten (vgl. [www.unesco.org/science/wcs/index.htm](http://www.unesco.org/science/wcs/index.htm)). So hat die entwicklungsbezogene Forschung für den Entwicklungsprozess mehrfachen

Stellenwert: für die theoretische Erkenntnisgewinnung, für die Identifizierung von Problemen und Zusammenhängen und für die Suche nach geeigneten Lösungen.

Innerhalb dieser Diskussion unbestritten ist auch, dass in vielen wichtigen Bereichen (z.B. Umwelt, Frieden, Gesundheit, Wirtschaft, Migration, ...) beobachtbare Probleme unserer Zeit bereits weltumspannend sind und in sehr vielen Fällen nicht lokal gelöst werden können. So muss die Wissenschaft hier mit der Wissenschaft dort zusammenarbeiten, um allgemeingültige Erkenntnisse zu gewinnen, Probleme zu definieren und gemeinsam Lösungen zu finden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Teile der Weltgesellschaft, um gemeinsame Zukunftsbilder zu zeichnen, die drängenden Probleme der gegenwärtigen und nächsten Generationen zu identifizieren und zu lösen. Die Internationalität der entwicklungsbezogenen Forschung ist in jeder Hinsicht gefordert, um nachhaltige Problemlösungen für globale Problemstellungen zu erarbeiten, aber auch das in den nördlichen Wissenszentren systematisch angesammelte Wissen in den Dienst des gemeinsamen Entwicklungsprozesses zu stellen, der nur erfolgreich sein kann, wenn dieser durch einen entsprechenden gemeinsamen Diskussionsprozess begleitet wird. Wissen ist zwar Macht, aber die Erfahrung in der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit lehrt, dass sie sehr schnell in Ohnmacht enden kann, wenn sie zur Lösung von globalen Problemen nicht partnerschaftlich eingesetzt wird. Als allgemein anerkannte Beispiele dafür können wir die Bereiche Umwelt, Frieden, Gesundheit und Migration anführen, ohne an dieser Stelle näher darauf eingehen zu wollen.

Daraus folgt: Die Kooperationen zwischen Norden und Süden auf der Ebene der Wissenschaft und Forschung im Sinne der entwicklungsbezogenen Forschung sind für eine menschengerechte Entwicklung der Welt unerlässlich. Dazu braucht es sowohl im Norden als auch im Süden personelle sowie strukturelle Kapazitäten, die diese Herausforderungen annehmen und auch bewältigen können. Beim Aufbau dieser Kapazitäten ist sowohl der partnerschaftliche Einsatz des Wissens als auch des akkumulierten materiellen Reichtums im Norden gefragt. Die Länder im Norden sind hier doppelt gefordert. Einerseits müssen sie in den eigenen Reihen die geeigneten personellen und strukturellen Kapazitäten aufbauen und für die Kontinuität dieser Kapazitäten sorgen; andererseits haben sie im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bzw. Entwicklungspartnerschaft Sorge dafür zu tragen, dass entsprechende Kapazitäten in der südlichen Hemisphäre entstehen und sich

strukturell weiterentwickeln können. Die Problemlösungskapazitäten der südlichen Länder wären zu stärken (vgl. Langthaler 2003; KFPE 2001). Nur so wird es gelingen, das in Ländern des Südens zum Teil brachliegende – traditionelle – Wissen zu aktivieren und es in Diskussion mit dem westlichen Wissen zu bringen, um die weltumspannenden Probleme im Sinne der gemeinsamen Zukunft in der einen Welt gemeinsam in Griff zu bekommen (vgl. den Beitrag von Victória Duda in diesem Heft). Im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten existieren heute auf kommunikationstechnischer Ebene viele Möglichkeiten, um diesen Prozess erfolgreich durchzuführen. In Zeiten der globalen Mobilität ist die Annäherung zueinander zumindest für die europäischen Länder leichter geworden. Die StudentInnenmobilität ist gestiegen. Es gibt im Rahmen der EU-Programme Hochschul- und Wissenschaftskooperationen mit Asien und Lateinamerika, für afrikanische Länder sind welche in Vorbereitung. Neue elektronische Medien eröffnen viele Wege. Man kann vom eigenen Schreibtisch aus Daten recherchieren, unproblematisch wichtige Papiere und Studien herunterladen, mit KooperationspartnerInnen kommunizieren, Gedanken und Forschungsergebnisse austauschen, sogar gemeinsame Artikel schreiben. Diese Art des wissenschaftlichen Arbeitens und der Kommunikation erfordert aber gleiche, zumindest ähnliche personelle, technische und strukturelle Kapazitäten der KommunikationspartnerInnen und ein ähnliches Problemverständnis, wenn es darum geht, auf dem Wege der anwendungsorientierten Forschung gemeinsame Problemlösungen zu entwickeln.

## **2. Zur Situation von Wissenschaft und Forschung in Entwicklungsländern**

Viele Entwicklungsländer haben in den letzten Jahren ihren Entwicklungsprozess in die Hand genommen und haben Entwicklungspläne für ihre Länder und auch für die einzelnen Sektoren ausgearbeitet. Die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für den Entwicklungsprozess wird aber in vielen Ländern des Südens gesellschaftlich oft nicht anerkannt. Auch identifizieren sich Institutionen der Wissenschaft und Forschung häufig nicht mit den entwicklungsbezogenen Herausforderungen ihrer Länder, sodass etwa selten Fragestellungen zur Verringerung der Armut als Forschungsgegenstand gewählt werden. Zudem bewirkt der Druck der internationalen Finanzinstitutionen anfangs über die Strukturanpassungsprogramme und nun über die Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) eine Schrumpfung der

Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und häufig auch politische Instabilität bedingen das Fehlen einer kontinuierlichen Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Diese Parameter haben bereits jetzt zu einer empfindlichen Auslagerung der Wissensproduktion und -vermittlung und zu einer verstärkten Abhängigkeit der Universitäten im Süden von internationaler Finanzierung geführt. Die Abwanderung des wissenschaftlichen Personals – hier insbesondere in Afrika – teils in privatwirtschaftliche Dienstleistungsbereiche wie beispielsweise Consultingdienste oder ins Ausland war eine unweigerliche Folge (vgl. Saadat/Strickner 2001).

Andererseits erfordern die Millenniums-Entwicklungsziele eine absolute Konzentration des Bildungssektors auf die Grundbildung. Der instrumentelle Charakter des Sektors „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ im Sinne seiner Rolle bei der Identifizierung von Problemstellungen und Entwicklung von Problemlösungen und bei der Armutsbekämpfung wird nicht anerkannt und thematisiert. Dies verstärkt die unbefriedigende Situation der Wissenschaft und Forschung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, obwohl der Weg zur Erreichung der Millenniumsziele nur gemeinsam von Norden und Süden gegangen werden kann und im Sinne der Prinzipien „Ownership“ und „Partizipation“ gemeinsamer Handlungsbedarf angesagt wäre.

Ein wichtiger Aspekt, über den sich die WissenschaftlerInnen des Südens beklagen, ist auch die wissenschaftliche Isolation, häufig gar die Unmöglichkeit, mit kompetenten KollegInnen regelmäßigen Kontakt zu pflegen (vgl. Zauner/Karcher/Etienne 1996). Gerade im Zeitalter der neuen Kommunikationstechnologien können viele Länder im Süden an deren Fortschritt nicht partizipieren. Dennoch gibt es auch hier Unterschiede zwischen Entwicklungsländern. Mehrere asiatische Länder verfügen über durchaus beachtliches Forschungspotential. Ähnliches gilt für einzelne lateinamerikanische Länder. Die Situation in vielen Ländern des Südens ist aber geprägt durch folgende drei Problemfelder:

- das Fehlen der personellen, finanziellen und strukturellen Kapazitäten für Wissenschaft und Forschung, das die Identifizierung und die Lösung der regionalen Probleme erheblich erschwert;

- die oft starke Orientierung an westlichen Forschungsschwerpunkten und auch zum Teil der niedrige gesellschaftliche Stellenwert wissenschaftlicher Tätigkeit;
- die wissenschaftliche Isolation bestehender Forschungseinrichtungen und -personals.

Um dieser Situation entgegenzuwirken und dem gemeinsamen Forschen und Handeln eine Chance zu geben sind sowohl die öffentliche und private Entwicklungszusammenarbeit Österreichs sowie die Wissenschafts- und Forschungspolitik auf ministerieller Ebene als auch die Universitäten und Forschungseinrichtungen Österreichs herausgefordert.

### **3. Entwicklungsbezogene Forschung in Österreich**

Österreich ist mit Einrichtungen, die sich der entwicklungsbezogenen Forschung widmen, nicht gerade überversorgt, ganz im Gegenteil. Nur zum Teil spiegelt dies die Situation der Rahmenbedingungen wider, die durch die Budgetpolitik der Republik der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit generell gesetzt werden (vgl. ÖFSE 2003), fällt doch die Forschungsförderung in die Zuständigkeit mehrerer Ressorts. Entwicklungsbezogene Forschung geht in Österreich nicht auf ein systematisches Konzept zurück, das von Seite der zuständigen Ressorts oder der Regierung dazu erstellt wurde, sondern beruht vor allem auf dem persönlichen Interesse und Engagement einer Reihe von inner- wie außeruniversitärer Personen und Institutionen.

Zunächst sei hier auf den universitären Bereich eingegangen und der mit der universitären Lehre in Zusammenhang stehenden Forschung. In Österreich gab es bis vor kurzem keine Möglichkeit, ein einschlägiges Studium zu belegen, wie es in anderen Ländern als *development studies* angeboten wird. Damit ersparte man es sich auch, an einer Universität ein Institut für Internationale Entwicklung einzurichten, das auch Forschungsarbeit betreibt. Bereits Ende der 1970er Jahre, in einer Zeit, als eine optimistische Entwicklungseuphorie eine Gründungsphase in der österreichischen EZA auslöste, schlossen sich eine Reihe von Studierenden und Lehrenden zusammen, um den Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten zu gründen. Die Namensgebung als Mattersburger Kreis erfolgte nach dem Ort der ersten Zusammenkünfte, der zweite Teil des Namens verweist auf den Anspruch, österreichweit zu wirken. Ziel war es, ein

Studium der Entwicklungsforschung in Österreich zu ermöglichen. Dies ist nur zum Teil gelungen. Stärker war sicherlich die Rolle, die der Mattersburger Kreis als Netzwerk einschlägig interessierter WissenschaftlerInnen spielte. Parallel zu den Bemühungen, ein Studium einzurichten, wurden Publikationsreihen gegründet, um Fragen der Entwicklung und Unterentwicklung einem breiteren Kreis Interessierter nahe zu bringen. Viermal jährlich erscheint das Journal für Entwicklungspolitik (kurz JEP) seit 1992 wird die Buchreihe "Historische Sozialkunde" (kurz HSK) herausgegeben, und seit 2002 existiert die neue Buchreihe "Gesellschaft – Entwicklung – Politik" (kurz GEP). Nach einer Phase der Tendenz zum Dämmer Schlaf erwachsen dem Mattersburger Kreis (gemeinsam mit der AGEZ – Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit) als Träger der Gesamtösterreichischen Entwicklungstagungen neue Aufgaben, die sich gut mit seinen neuen und erneuerten Publikationsreihen (das JEP, wechselte mit 2003 den Verlag und erscheint seither in verjüngtem Gewand) verknüpfen lassen. Seine Mitglieder beteiligen sich an der entwicklungspolitischen Lehre an der Universität Wien wie auch an anderen Hochschulen.

An der Universität Wien gab es drei Anläufe, die im Endeffekt immer wieder an abschlägigen Bescheiden aus dem Wissenschaftsministerium scheiterten (vgl. Schicho 2002). Immerhin gelang es dort, ein "Projekt Internationale Entwicklung" aufzubauen, in dessen Rahmen einige Lehrveranstaltungen als Wahlfächer für unterschiedliche Studienrichtungen angeboten wurden und die gebündelt im Rahmen einer Fächerkombination als Wahlfachstudium belegt werden konnten und können. Seit dem Wintersemester 2002 existiert nun aber auch, wovon man lange träumte: ein Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung (vgl. [www.univie.ac.at/int-entwicklung](http://www.univie.ac.at/int-entwicklung)). Die Nachfrage seitens der Studierenden ist groß, im Wintersemester 2003 inskribierten 300 neue Studierende.

Wie sieht die Situation an anderen österreichischen Hochschulstandorten aus? Mehrfach wurde versucht, im Rahmen einzelner Studienrichtungen entwicklungsbezogene Schwerpunktfächer einzurichten, um einzelne einschlägige Lehrveranstaltungen in eine zumindest minimale Systematik zu integrieren. Es würde zu weit führen, hier die zahlreichen Initiativen anzuführen und vollständig aufzulisten (siehe dazu Franz 1997). Wir beschränken uns darauf zu erwähnen, dass solche Schwerpunkte in der Regel im Rahmen bestehender Studien gesetzt wurde wie etwa Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Geographie, Soziologie, Geschichte,

Wirtschaftswissenschaften und anderen mehr. Damit waren der interdisziplinären Zusammenarbeit aber vorweg Schranken gesetzt.

Die Liste der Versuche ist lang, deren Schicksal sehr wechselhaft. Ein Institut für Internationale Entwicklung konnte nirgendwo aufgebaut werden, obwohl es mittlerweile ein (institutsloses) Studium der Internationalen Entwicklung gibt. Generell dürfte die Akzeptanz bei den entscheidungsrelevanten Stellen gering sein und die Forschung und Lehre im Bereich Internationaler Entwicklung als zu wenig relevant gelten. Das Schicksal der Entwicklungslehre an Österreichs Hochschulen steht und fällt mit dem Engagement von Einzelpersonen, es gibt kaum strukturelle Verbindlichkeiten. Wo keine Lehre betrieben wird, dort ist auch keine einschlägige Forschung sichergestellt. Dies bedeutet nicht, dass es diese nicht gibt, führen doch eine Reihe von WissenschaftlerInnen immer wieder entwicklungsbezogene Forschungsprojekte durch, die jedoch zumeist, bei allen Bekenntnissen zur Inter- oder Transdisziplinarität eine starke Fachgebundenheit aufweisen. Naturgemäß fällt es jungen ForscherInnen ausgesprochen schwer, im Rahmen eines solchen inkonsistenten Forschungsumfeldes einen Platz zu finden. Umgekehrt kommt die kleine *scientific community* kaum zu neuen Zugängen im Sinne einer personellen Verjüngung.

An dieser doch eher desolaten Situation etwas so zu ändern, dass möglichst optimale Rahmenbedingungen für entwicklungsbezogene Forschung entstehen, braucht es das konzertierte Engagement der öffentlichen Hand sowie der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen und schließlich der WissenschaftlerInnen selbst.

Als öffentliche Hand wären in diesem Fall das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie das Außenministerium, das nun (nach der Umstrukturierung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und Gründung der Austrian Development Agency – ADA) für die Formulierung der Grundsätze der Politik und Strategie der österreichischen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist, zu nennen. Die Aufgabenteilung der beiden Ressorts liegt in der Natur der Sache, nämlich in der Thematik. Fühlt sich das Außenministerium aufgrund der inhaltlichen Ressortaufteilung eher für „Forschung für Entwicklung“ zuständig, ist „Forschung über Entwicklung“ vor allem die Sache des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium hat bereits im Jahre 2000 eine „Sektorpolitik Bildungszusammenarbeit“ als Grundsatzpapier verabschiedet, das sich auch mit dem Thema „Kapazitätenentwicklung im Bereich der Wissenschaft und Forschung in den Partnerländern Österreichs“ beschäftigt und die Strategien und Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit in diesem Sektor vorgibt (vgl. BMAA 2000). In den Jahren 2002/2003 fand ein auf diesem Papier basierender Prozess der „Programmentwicklung“ statt, dessen Resultate Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Programme der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Sektor „postsekundäre Aus- und Fortbildung und Wissenschaft und Forschung“ aussprechen. (Das entsprechende Papier wird derzeit zur Veröffentlichung vorbereitet, vgl. BMAA/ÖFSE 2003.) Beide Papiere, die heute den Rahmen der Aktivitäten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Bildungs- und Forschungssektor vorgeben, basieren auf umfangreichen Recherchen, Untersuchungen und Analysen, mit denen die ÖFSE beauftragt war, die auch deren Resultate in Form der beiden Papiere zusammengefasst hat. Die Notwendigkeit der „personellen und institutionellen Kapazitätenentwicklung in den Partnerländern“ und „Bildung von Kooperationsnetzwerken zwischen Nord–Süd und Süd–Süd“ im Bereich der Wissenschaft und Forschung ziehen sich in beiden Papieren wie ein roter Faden als Leitgedanken durch.

Im Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik Österreichs hat das BM:BWK im Jahr 1999 im Rahmen des „Grünbuchs zur österreichischen Forschungspolitik“ (vgl. bm:vw 1999) einen Schritt gesetzt und den Wissenschafts- und Forschungsk Kooperationen mit Entwicklungsländern einen eigenen Abschnitt gewidmet, der aber bisher in der Praxis ohne weitere sichtbare Auswirkungen geblieben ist. Im Laufe der letzten Jahre wurden, wie viele andere Bereiche, auch Teile der Wissenschafts- und Forschungspolitik Österreichs umstrukturiert. In der Folge entstanden u.a. das Bundesinstitut für internationalen Bildungs- und Technologietransfer (BIB), der neue Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung und etwas früher das Büro für internationale Forschungs- und Technologiekooperation (BIT). All diese Institutionen beschäftigen sich mit den Themen Bildungs- und Wissenschaftsförderung und -kooperationen und zwar auch für bzw. mit Entwicklungsländern.

Auch auf der universitären Ebene sind im Laufe der Universitätsreform neue Strukturen entstanden, um u.a. die Internationalität der Universitäten zu stärken. Ein

Beispiel dafür wäre „Forum Internationales“. Im Weiteren gibt es eine Reihe von Instituten an den österreichischen Universitäten, die im wissenschaftlichen Bereich mit den entsprechenden Einrichtungen in Asien, Afrika und Lateinamerika kooperieren (vgl. CIU/ Österreichische Rektorenkonferenz 2002). An der Universität für Bodenkultur wird derzeit im Rahmen der „Forum Forschung für Entwicklung – DEV-Forum“-Initiative versucht, solche Kooperationen der BOKU zu koordinieren (vgl. [www.boku.ac.at/dev-forum/Home/index.htm](http://www.boku.ac.at/dev-forum/Home/index.htm)). Teile der universitären und außeruniversitären Wissenschafts- und Forschungs Kooperationen mit den Ländern des Südens werden von der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit Österreichs unterstützt, sofern sie dem konkreten Bedarf der Partnerländer im Süden entsprechen und mit der Strategie des Dreijahresprogramms der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit einhergehen. Die Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium stellt außerdem seit einigen Jahren zur Unterstützung und zum Aufbau von Wissenschafts- und Forschungskapazitäten und Netzwerken in ihren Partnerländern und -regionen „Capacity Development Funds“ in den Schwerpunktländern zur Verfügung. Solche existieren bereits in Äthiopien und Bhutan und unterstützen den Aufbau von wissenschaftlichen Kapazitäten dieser Länder. Weitere sind im Realisierungsstadium.

Bei der Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Forschungssektors in Österreich wurde auf die Verankerung entwicklungspolitischer Ansätze kaum Bedacht genommen. Ein ähnliches Grundsatzpapier wie die „Sektorpolitik Bildungszusammenarbeit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“, das sich mit der Frage der Kapazitätenentwicklung für die entwicklungsbezogene Forschung in Österreich befasst, existiert für diesen Bereich nicht. Eine solche Verankerung hätte die Rahmenbedingungen für die entwicklungsbezogene Forschung wesentlich verbessert und den in diesem Bereich tätigen Instituten den Rücken gestärkt. Es wäre an dieser Stelle auch zu erwähnen, dass bereits vor einigen Jahren der Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit der Österreichischen Rektorenkonferenz aufgelöst wurde. Diese Agenden werden derzeit von einer einzigen Person als Beauftragter der Rektorenkonferenz wahrgenommen. Außerhalb der hier beschriebenen Landschaft gibt es in Österreich drei weitere Einrichtungen, die sich mit entwicklungsbezogener Forschung befassen. Eine davon, der Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik, wurde bereits beschrieben. Die anderen Einrichtungen wären die Kommission für Entwicklungsfragen bei der

Österreichischen Akademie der Wissenschaften (KEF) und die Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE). Die Kommission für Entwicklungsfragen hat sich bisher hauptsächlich mit der Beratung und finanziellen Förderung von wissenschaftlichen Kooperationsprojekten der österreichischen Universitäten mit den entsprechenden Einrichtungen in Asien, Afrika und Lateinamerika befasst. Die KEF ist derzeit in einer Umorientierungsphase und verankert den entwicklungspolitischen Ansatz in ihren Grundsatzpapieren als Leitgedanken. Sie versteht sich in ihrer weiteren Tätigkeit als „eine multi- und interdisziplinäre Plattform für alle mit wissenschaftlichen Fragen der Entwicklungszusammenarbeit befassten Personen und Institutionen und als Teil der europäischen und wissenschaftlichen Gemeinschaft“ (vgl. missionstatement [www.oeaw.ac.at/kef](http://www.oeaw.ac.at/kef)). Sie will in diesem Sinne als Clearingstelle für die Systematisierung der partnerschaftlichen Wissenschafts- und Forschungsk Kooperationen mit den Ländern des Südens zur Verfügung stehen. Die ÖFSE ([www.oefse.at](http://www.oefse.at)) ist im entwicklungspolitischen Bereich seit über vierzig Jahren tätig. Sie führt die umfangreichste öffentliche wissenschaftliche Bibliothek und Dokumentation Österreichs zu allgemeinen Fragen der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, zu aktuellen Entwicklungen in den Ländern des Südens und bietet Online-Datenbanken über ihre Bibliotheksbestände (Literaturdatenbank), über österreichische Entwicklungsprojekte (Projektdatenbank) und über die öffentlichen und privaten AkteurInnen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und -politik (Institutionendatenbank). Mit diesem Leistungsspektrum und mit der Website [www.eza.at](http://www.eza.at) bietet sie Basisdienstleistungen für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit internationalen entwicklungsbezogenen Fragestellungen und mit österreichischer Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Darüber hinaus befasst sich die ÖFSE mit verschiedenen ausgewählten aktuellen Themenstellungen der österreichischen und internationalen Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, erstellt zu diesen Themen Studien und wissenschaftliche Analysen, bietet darauf aufbauend Politik- und Strategieberatung an und organisiert reflexive Lern- und Diskussionsprozesse.

Der Aufbau der wissenschaftlichen entwicklungsbezogenen Netzwerke findet in Österreich gegenwärtig meist punktuell zwischen Institutionen im Süden und in Österreich statt. Eine Ausnahme bildet ASEA-UniNET (vgl. <http://asea->

[uninet.uibk.ac.at](http://uninet.uibk.ac.at)), das systematisch aufgebaut viele österreichische Universitäten mit asiatischen PartnerInnen in Lehre und Forschung vernetzt und personelle wie institutionelle Kapazitäten aufbaut.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass die Aktivitäten der österreichischen AkteurInnen im Bereich der entwicklungsbezogenen Wissenschaft und Forschung bislang unkoordiniert verlaufen. Zwischen verschiedenen AkteurInnen gibt es zu wenig Informationsaustausch und Koordination. Die Förderung der personellen und institutionellen Kapazitätenentwicklung für die entwicklungsbezogene Wissenschaft und Forschung steckt in Österreich erst in den Kinderschuhen. Umso mehr wichtiger sind solche Initiativen wie das "Forum der JungforscherInnen", um personelle Kapazitäten für die Zukunft zu sichern und junge interessierte Menschen zu motivieren, die bisherige Arbeit in Österreich weiterzuführen und auch darüber hinaus weitere Forschungskapazitäten aufzubauen.

#### **4. Welches Wissen?**

Die Struktur – oder sollte man vielmehr sagen: die Nicht-Struktur? – der Entwicklungsforschung in Österreich erleichtert es nicht unbedingt, zu innovativen Sichtweisen und neuen Zugängen zu gelangen. "Junge Zugänge" meint zum einen den für eine lebendige Wissenschaftskultur so bedeutsamen wissenschaftlichen Nachwuchs, zum anderen aber auch die Erarbeitung neuer Sichtweisen und Perspektiven. Jeder Wissenschaftsbereich steht vor der Herausforderung, eine relevante Weiterentwicklung zu leisten, "bessere" Erkenntnisse zu produzieren, wenn schon keine regelrechten "wissenschaftlichen Revolutionen" (vgl. Kuhn 1973) erfolgen. Entwicklungsbezogene Forschung ist deutlicher als jede Naturwissenschaft an sozialen Bezugsgruppen orientiert, die Ausrichtung und nicht selten auch Inhalt der einschlägigen Forschung bestimmen. Mit Machtverhältnissen verwoben und von häufig politisch entschiedenen Finanzierungszusagen abhängig kann sie keine politisch neutrale Forschung sein. Entwicklungsforschung ist sowohl eine empirische wie auch eine interpretative Forschung, womit dem Standort und der Perspektive der Forschenden eine ganz wesentliche Rolle zukommt (vgl. Novy 2002). Dies gilt umso mehr, wenn es den ForscherInnen darum geht, einen Beitrag zur Beantwortung der Frage zu leisten, wie existierende asymmetrische Machtbeziehungen verändert werden können.

Der Definitionen von Entwicklung gibt es viele, das ist wahr, und darunter nicht wenige, die Entwicklung als politisch neutralen Vorgang verstehen, als eine Selbstwerdung, Herausbildung von je schon vorhandenen Anlagen, im intransitiven Sinn dann auch als das notwendige Nachhelfen bei diesem transitiven Vorgang des "sich entwickelns". Doch Entwicklung ist nicht denkbar ohne Subjekte der Entwicklung. Diese tendieren bei asymmetrischen strukturellen Bedingungen häufig dazu, andere AkteurInnen des Entwicklungsgeschehens zu Objekten zu degradieren, denen in weiterer Folge Entwicklungsleistungen der Subjekte zugedacht werden. Wir plädieren hier für eine kritische Entwicklungsforschung, die Asymmetrien im Entwicklungsprozess im Auge hat. Eine solche kritische Entwicklungsforschung analysiert die Ursachen der "ungleichen Entwicklung", eröffnet Zugänge, um hinter den Datensammlungen und Ereignissen liegenden Strukturen zu erkennen und zu benennen und müht sich um die Ausarbeitung von Theorien und Modellen, die für eine parteiische Entwicklungsarbeit handlungsanleitend wirken können.

Forschung ist nicht neutral, deshalb muss die Frage gestellt werden, welches Wissen Entwicklungsforschung zur Verfügung stellt, wem dieses Wissen zugute kommt, ob es sich tatsächlich um einen Beitrag zur Befreiung von (selbstverschuldeter?) Unmündigkeit handelt, wie Kant formulierte. Die mit Entwicklungsforschung verbundene Lehre und auch die davon abgeleitete entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird sich fragen müssen, ob sie "Erziehung zur Mündigkeit" (Theodor W. Adorno, vgl. Adorno 1971) ist, ob sie als Grundlage einer "Pädagogik der Unterdrückten" (Paulo Freire, vgl. Freire 1973) taugt. Es ist keinesfalls möglich, die Gesamtheit der in Österreich hervorgebrachten entwicklungsbezogenen Forschung auf diese Leitlinien kritischer Entwicklungsforschung hin zu befragen. Dennoch soll hier abschließend an einige der Kernbegriffe einer solchen kritischen Arbeit erinnert werden, die Grundlage für eine systematisierende Konzipierung von Forschung für Entwicklung sowie von Entwicklungsforschung in Österreich sein könnten, falls es einmal zu einer solchen kommen sollte.

Wissen ist nicht neutral, Wissen ist Macht, wie oft gesagt wird. Michel Foucault hat dazu die treffende Formulierung des Macht-Wissens entwickelt (vgl. Foucault 1971, 1976). Im Rahmen eines Diskurses werden Grenzen gezogen, wird "wahr" von "falsch" geschieden, "verrückt" von "vernünftig", wird eingegrenzt und ausgegrenzt. Der Diskurs gehorcht Regeln, die streng gefasst kaum hintergangen werden können, aber doch stets veränderbar bleiben. Jede Struktur, jedes System, und sei es auch

noch so totalitär, lässt Spielräume offen, in denen Abweichendes, Anderes, Subversives stattfinden kann (vgl. Schmidt 1997). Ob eine solche Abweichung von dem, was der herrschende Diskurs als Normalität beschreibt, auch eine breitenwirksame Veränderung des Gesellschaftlichen ermöglicht, hängt von der Machtkonstellation ebenso wie vom strategischen Geschick der beteiligten Personen ab. Wissenschaft und Forschung spielen in einem solchen Spiel eine entscheidende Rolle, denn sie können Herrschaftsapparate ebenso legitimieren wie auch als Ferment der Veränderung wirken.

Für Entwicklungsforschung stellt sich die Frage, wem das erarbeitete Wissen eigentlich dient: Tatsächlich den sogenannten "Zielgruppen", armen und marginalisierten Menschen, wie dies die Förderkriterien etwa der ÖEZA zur Bedingung einer Mittelzuwendung machen? Oder doch der individuellen, wissenschaftlichen Karriere der ForscherInnen, einer bestimmten Gruppe innerhalb der Gesellschaft des Nordens, in deren Rahmen es erarbeitet wurde, einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe in einem Entwicklungsland, die sich mit Hilfe dieses Wissens Privilegien sichern oder gar ausbauen kann? Welche Partizipation an der Verteilung und Verwaltung eines solchen Wissens ist möglich? Werden Forschungsergebnisse öffentlich gemacht, etwa über das Internet oder leicht erschwingliche Publikationen? Oder sind sie lediglich ausgewählten Personen, etwa Auftraggebern zugänglich? Öffentlichkeit ist eine der Schlüsselkategorien für gesellschaftlich relevantes Wissen. An ihr hängt die Möglichkeit der Partizipation, denn was nicht öffentlich ist, daran lässt sich kaum partizipieren, außer man gehört bereits einer privilegierten Gruppe an. An Wissen zu partizipieren ist eine Grundbedingung dafür, mit Hilfe dieses Wissens Emanzipation zu erlangen.

Macht-Wissen ist kein starres Ensemble vorhandener Aussagen und Begriffe. Wissen entsteht in Kontexten, ist sprachgebunden und ändert sich mit dem Wechsel der Sprache und der jeweiligen Bezugsgruppe. Es handelt sich eben nur zum Teil um objektive Tatbestände, sondern immer auch um sozial bezogenes Wissen, das nur mit Rückbezug zum sozialen Entstehungskontext in seiner vollen Bedeutung erschlossen werden kann. Dies ist ein dialektischer Prozess, womit nun eine weitere Schlüsselkategorie kritischer Entwicklungsforschung angesprochen wird. Dialektik ist nicht nur die Kunst des Widerspruches und der Fähigkeit, in Widersprüchen zu denken, sondern auch die Kunst, Theorie und Praxis in Bezug zueinander zu

bringen, Theorie an Praxis zu entwickeln, Theorie selbst als Praxis zu erfassen (vgl. Novy/Nossek 2001).

## **Zum Schluss**

Gibt es "junge Zugänge" zu einer solcherart beschriebenen Entwicklungsforschung? Die Frage ist berechtigt, sind doch die soeben genannten Schlüsselkategorien keinesfalls die Frucht neuer Erkenntnisse. Kritisches Denken ist alt, älter gar als die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule, auf die hier unter anderem Bezug genommen wurde. Soll die einschlägige Forschungslandschaft in Österreich von "jungen Zugängen" belebt werden, dann braucht es mehr als nur junge Menschen, die sich im Rahmen eines Forschungsprojektes dieser Sache zur Verfügung stellen. Es braucht tragfähige Strukturen, Forschungseinrichtungen mit Kontinuität, in denen junge WissenschaftlerInnen unter guter Begleitung über längere Zeit hinweg ihr Potential entwickeln können. Solche Einrichtungen könnten sowohl im universitären als auch im außeruniversitären Bereich angesiedelt werden, können in keinem Fall jedoch ohne entsprechende politische Entscheidungen seitens der Geldgeber existieren.

Es wird aber auch eine neue Qualität der Forschung brauchen, eine kritische, unbequeme Qualität – auch wenn diese neue Qualität so neu nicht ist. Dies stellt freilich hohe Ansprüche, die gerade von jungen und damit materiell unabgesicherte WissenschaftlerInnen nicht ohne weiteres zu erfüllen sind. Die in diesem JEP nun folgenden Texte bringen keine revolutionären Erkenntnisse, und doch gelingt es allen AutorInnen, kritische Fragen zu stellen, ohne die eine relevante Entwicklungsforschung nicht auskommen kann.

## **Literatur**

Adorno, Theodor W. 1971. *Erziehung zur Mündigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.  
BMAA (Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten) / ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe). 2003. *Österreichische Bildungszusammenarbeit - Ergebnisse und Vorschläge zur Programmentwicklung* (Internes Grundsatzpapier - Veröffentlichung in Vorbereitung). Wien.

- BMaA (Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten) Hg. (unter wiss. Betreuung der ÖFSE). 2000. *Bildungszusammenarbeit - Sektorpolitik der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit*. Wien.
- Bunders, Joske F.G., Chandan Mukherjee. 1997. *North-South Research Partnership – Redressing the imbalance*. European Conference "Research Partnership for Sustainable Development" (Leiden, 11-12 March 1997).
- Bm:vv (Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr). 1999. *Grünbuch zur österreichischen Forschungspolitik*. Wien: bm:vv.
- Chaabane, A.S., L.H. Mouss. 1998. "The north-south dialogue through higher education." In: *Higher Education Policy*. Vol. 11, Nr. 1 (1998), 81-93.
- CIU (Club International Universitaire) / Österreichische Rektorenkonferenz. Hg. 2002. *Auslandskooperationen der österreichischen Universitäten*. Wien: BM:BWK.
- Felt, Ulrike, Helga Nowotny, Klaus Taschwer. 1995. *Wissenschaftsforschung. Eine Einführung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Foucault, Michel. 1971. *L'Ordre du discours. Leçon inaugurale au Collège de France prononcée le 2 décembre 1970*. Paris. (dt.: 1977, *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt a.M./Berlin u.a. 1977.)
- Foucault, Michel. 1976. *La volonté de savoir. Histoire de la sexualité, tome 1*, Paris. (dt.: 1977, *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit, Band 1*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp).
- Franz, Margit. 1997. "Entwicklungspolitische Bildungsarbeit an Österreichs Universitäten II. Endbericht." <http://gewi.kfunigraz.ac.at/~franzm/epboeu/studien/II/inha.htm>, 19.3.2004.
- Freire, Paulo. 1973. *Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.
- Greenidge/Engelhard. 2002. "The Need for an ACP-EU Dialogue on Science and Technology for Development in ACP Countries." *ECDPM Policy Management Brief 15, 2002*. [http://www.contactivity.com/~contact/index.php/filemanager/download/12/ECDPM\\_STD%20paper\\_Policy%20brief%20ED.pdf](http://www.contactivity.com/~contact/index.php/filemanager/download/12/ECDPM_STD%20paper_Policy%20brief%20ED.pdf), 26.3.2004.
- Kuhn, Thomas S. 1973. *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Langthaler, Margarita. 2003. "Networking and Capacity Development in Developing Countries - Reflections after the Annual Conference of the European Association for International Education." [http://www.oefse.at/german/fbbza/bza\\_index.htm](http://www.oefse.at/german/fbbza/bza_index.htm), 22.3.2004.
- Lopes, C. 2002. *Capacity for Development – New Solutions for Old Problems*. London: Earthscan.
- Lund-Thomas, Peter. 2003. *Perspectives on Capacity Development*. In: *Capacity Building and Education Development*. FAU Seminar Report 2003, Hg. Association of Development Researchers in Denmark (FAU), Gjerrild: FAU, 76-79 <http://www.udviklingsforskning.dk/Seminarrapport2003FINAL.doc>, 22.3.2004
- Novy, Andreas, Silvia Nossek. 2001. "Wisse, was du tust. Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz." *Journal für Entwicklungspolitik*, Bd. 18, Nr. 2 (2001), 143-164.

- Novy, Andreas. 2002. *Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt*. Frankfurt a.M. / Wien: Brandes & Apsel / Südwind.
- ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe). Hg. 2003. *Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte. Analysen. Informationen*. Wien.
- Saadat, Lydia, Alexandra Strickner. 2001. "Reflexionen zu Wissenschaftskooperationen im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit." <http://www.oefse.at/download/bzanews/news0201.pdf>, 22.4.2004
- Saadat, Lydia, Atiye Zauner. 2003. *Wissenschaftlich Zusammenarbeit mit Ländern Afrikas und deren Stellenwert im Rahmen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit*. In: Kooperationen Austria – Africa, Hg. Österreichischer Austauschdienst, Wien: ÖAD, 6-11.
- Saadat, Lydia, Atiye Zauner. 2003. „Zur Weiterentwicklung von Programmen der Österreichischen Bildungszusammenarbeit – ÖBZA.“ *Drittstaatenmagazin*, Nr. 4 (2003), 17-18.
- Schicho, Walter. 1992. *Entwicklung als gesellschaftlicher Auftrag*. In: Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien, Hg. Karin Fischer/Irmtraud Hanak/Christof Parnreiter, Frankfurt a.M. / Wien: Brandes & Apsel / Südwind, 6-15.
- Schmidt, Wilhelm. 2000. *Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Foucault*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Senghaas, Dieter. 2003. "Die Auswege aus der Armut sind bekannt." *Journal für Entwicklungspolitik*, Bd. 19, Nr. 2 (2003), 7-11.
- KFPE (Swiss Commission for Research Partnership with Developing Countries). 2001. *Enhancing Research Capacity in Developing and Transition Countries*. Bern.
- UNESCO. 1999. World Conference on Science. "Declaration on science and the use of scientific knowledge" and "Science Agenda - Framework for Action." <http://www.unesco.org/science/wcs/index.htm>, 22.3.2004.
- UN (United Nations General Assembly) 1992. "Report of the United Nations Conference on Environment and Development (Rio de Janeiro, 3-14 June 1992)." [www.un.org/documents/ga/conf151/aconf15126-1annex1.htm](http://www.un.org/documents/ga/conf151/aconf15126-1annex1.htm), 22.3.2004.
- Yang, Rui. 2003. "Globalisation and higher Education development: A critical analysis." *International Review of Education*. Vol. 49, No.3-4 (2003), 270-291.
- Zauner, Atiye, Wolfgang Karcher, Anthony Etienne. 1996. *AbsolventInnenstudie: Verbleib und Reintegration von StipendiatInnen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit*. Wien: ÖFSE.

Atiye Zauner  
 ÖFSE-Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe  
 Austrian Foundation for Development Research  
 A-1090 Vienna, Berggasse 7  
 e-mail: A.Zauner@oefse.at

Gerald Faschingeder  
 Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten

Porzellangasse 33a/IV/1  
1090 Wien  
e-mail: gerald.faschingeder@univie.ac.at

### **Abstracts**

Welche Bedingungen ermöglichen entwicklungspolitische Forschung? Dieser Frage wird mit Blick auf die Beiträge von sieben jungen ForscherInnen nachgegangen, die in diesem JEP abgedruckt wurden. Zunächst wird dazu die Situation entwicklungsbezogener Wissenschaft und Forschung in Nord und Süd in den Zeiten der "Globalisierung" kursorisch umrissen, ehe die Rahmenbedingungen entwicklungsbezogener Forschung in Österreich dargestellt werden. Zuletzt werden Kritik und Dialektik als zentrale Begriffe vorgeschlagen, die eine entwicklungswirksame Forschung notwendig kennzeichnen. Wissen ist niemals neutral, sondern immer Teil einer Struktur des Macht-Wissens. Daher muss sich entwicklungsbezogenes wissenschaftliches Wissen daran messen, wem es dient.

Which conditions are conducive to development research? With regard to the contributions of seven young researchers, printed in this journal, the article follows this question. First of all, the situation of development-related research in north and south in times of "globalization" is briefly described. Subsequently, the general framework of development-related research in Austria is outlined. Criticism and dialectic are suggested to be central terms, which necessarily mark a development-effective research. Knowledge is never neutral, but always part of a structure of power-knowledge. Therefore development-related scientific knowledge must be measured by the question whom it serves.